

An der Spitze im Westen



CDU

KREIS HEINSBERG

29. JAHRGANG - 315. AUSGABE
Oktober 2022 Nr. 10

UNION HS

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Endlich wieder Besuch im deutschen Bundestag



*Unser Mann im Bundestag, Wilfried Oellers, konnte nach langer Pandemiepause endlich wieder Besuchergruppen an seinem Berliner Arbeitsplatz begrüßen. Mehr hierzu im Innenteil.
Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie*

Weitere Themen:

- Glanzstoff-Doku wärmstens empfohlen
- Bundesparteitag in Hannover
- Kiesewetter kommt zum Frühstück

INHALT

- 2 Editorial
- 3 Kreis Senioren Union löchert
Sabine Verheyen mit Fragen
- 4 Voller Initiative in die Legislatur
- 5 Hendrik Wüsts starker
Einstieg in die landespolitische
Arbeit
- 6 Verbrechen bekämpfen,
bevor sie begangen werden
- 7 Bericht von Sabine Verheyen
Die Auswirkungen eines
Bleiverbots auf Kulturgüter
- 8 Bundeswirtschaftsminister
Habeck muss der Atomkraft-
Realität ins Auge sehen
- 9 Endlich wieder Besuch im
Deutschen Bundestag
- 10 Von der Quelle bis zum
Wasserhahn: Kreistagsfraktion
im Kreiswasserwerk
Ein „Enttäuschter“ und
zwei Glückliche
- 11 Stadtverbandsvorstand besucht
Dokumentationszentrum
GLANZSTOFF
- 12 Schützenbruderschaften
sichern Heimat, Tradition
und Gemeinschaft
- 13 Frauen Union stellt Sicherheit
in den Fokus
- 14 Bundesparteitag in Hannover mit
deutlichen Solidaritätssignalen
- 15 Gute Zusammenarbeit
in Waldfeucht
Kiesewetter kommt
zum Frühstück
- 16 Klare Forderungen beim
Sommergrillen
Termine 2022

EDITORIAL



Foto: Tobias Koch

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Deutschland leidet zurzeit unter einer Energiekrise und einer rasanten Inflation, die die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft vor existentielle Nöte stellt.

Die Bundesregierung müsste mit konsequenten Maßnahmen gegensteuern, verliert sich aber in Zerstrittenheit, Zögern und unschlüssigen bis falschen Maßnahmen. Auf dem Bundesparteitag in Hannover, der im Zeichen der aktuellen Lage Deutschlands und des Ukrainekriegs stand, brachte unser Parteivorsitzender Friedrich Merz das schlechte Handeln der Bundesregierung in einer grandiosen Rede deutlich zur Sprache. Die drei verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland nicht im Netzbetrieb zu belassen, sei in Zeiten von Strommangel rein ideologisch getrieben und nicht nachvollziehbar. Ebenso müsse die Blockade im Kanzleramt gegen weitere Lieferungen von schweren Waffen an die Ukraine

beendet werden. In intensiven Beratungen hat sich der Bundesparteitag auch mit vielen inhaltlichen Fragen auseinandergesetzt.

So hat er im Rahmen des Grundsatzprogramm-Prozesses eine Grundwertcharta beschlossen, zu der unser Kreisverband Heinsberg mit eingebrachten Änderungsanträgen, die der Parteitag zum größten Teil annahm, konstruktiv beigetragen hat. Der Einführung einer Frauenquote und eines Gesellschaftsjahres gingen intensive Diskussionen voraus.

Trotz aller inhaltlichen Debatten geht vom Bundesparteitag in Hannover ein deutliches Signal der Geschlossenheit der CDU aus, das uns in eine zuversichtliche Zukunft blicken lässt und hoffentlich den Freundinnen und Freunden in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 den Sieg bei der Landtagswahl bringt.

herzlichst
Ihr/Euer Wilfried Oellers

INFOS AUS DER KREISGESCHÄFTSSTELLE:

Aufgrund der besonderen Situation (Corona/Covid 19) ist die CDU-Kreisgeschäftsstelle für Publikumsverkehr bis auf Weiteres geschlossen.

Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Redaktionsschluss für die Ausgabe November 2022: 14.10.2022

Sehr geehrte Damen und Herren, gemäß Beschluss des geschäftsführenden CDU-Kreisvorstandes vom 4. März 2022 wird der **komplette Versand ab sofort über die Union Betriebs GmbH in Rheinbach** vorgenommen.

Bedingt durch diese Maßnahme ändert sich die Vorlaufzeit aller Versandarbeiten. Die Vorlagen der Einladungen usw. **müssen 16 Tage vor Versammlungstermin in der Kreisgeschäftsstelle vorliegen!**

Wir bitten Sie sehr herzlich um Beachtung dieser Änderung.

Kreis Senioren Union löchert Sabine Verheyen mit Fragen



Die Mitglieder der Senioren Union erlebten einen informativen Tag im Europaparlament mit gemütlichem Ausklang in der malerischen Brüsseler Innenstadt.

Früh um 7 Uhr begann die Busreise über Erkelenz, Heinsberg und Übach-Palenberg, so dass wir pünktlich gegen 10 Uhr im EU-Parlament in Brüssel von der Parlamentarischen Referentin Ievgeniia Razumkova in Empfang genommen werden konnten.

Sie führte uns nach der Personenüberprüfung in einen Besucherkonferenzraum und informierte uns ausführlich darüber, was die EU ist, tut und wie die EU Entscheidungen trifft und Maßnahmen ergreift.

Vorrangiges Ziel des Europaparlamentbesuchs, den unser Vorsitzender Klaus Steingießer und die stv. Vorsitzende Monika Lux gut vorbereitet hatten, war es jedoch, vor Ort mit der Europaabgeordneten Sabine Verheyen ins Gespräch

zu kommen. Sie hat sich für uns enorm viel Zeit genommen. Auf alle Fragen erhielten wir kompetente Antworten. So diskutierten wir über die Notwendigkeit, ob bei Sitzungen wirklich in alle 24 Sprachen simultan übersetzt werden muss, was die EU tun kann, um die Energieversorgung der einzelnen Staaten zu gewährleisten, und darüber, warum es immer noch eine Uhrumstellung für Sommer- und Winterzeit gebe. Zudem sprachen wir mit ihr über die erfreuliche Anhebung des Kulturetats und über Verzögerungstaktiken einzelner EU-Staaten bei diversen Beschlüssen.

Die lebhafteste Diskussion wurde letztendlich wegen des Mittagessens in der Besucherkantine beendet. Sabine Verheyen sagte uns zu, dass wir die

Diskussion sehr gerne auch noch einmal im Kreis Heinsberg weiterführen könnten. Sie freue sich darauf.

Nach der Mittagspause besuchten wir die Brüsseler Innenstadt. Bei strahlendem Sonnenschein konnten wir Teile dieser wunderschönen Stadt besichtigen und den Tag gesellig auf dem großen Marktplatz ausklingen lassen. Es war eine sehr informative Reise, die sicher noch lange nachwirken wird.

Barbara Conrads

Anm. der Red.:

Wenn Sie mehr über die Fragen und Antworten erfahren möchten, empfehlen wir Ihnen einen Blick auf die Homepage der Kreis-CDU. Dort finden Sie die ungekürzte Version dieses Artikels.



Voller Initiative in die Legislatur

Die CDU-Fraktion im Landtag NRW hat mit dem neuen Koalitionspartner bereits in der ersten Plenarwoche einen ganzen Satz Anträge eingebracht – zur Energiekrise – zu Putins Krieg – zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in NRW.

Die großen Finanzpakete werden zwar durch die Bundesregierung zusammengestellt, aber auch wir im Land haben Spielräume, die teils umstrittenen Vorstöße der Ampel zu ergänzen. Im Rahmen der explodierten Energiepreise geben wir in unserem Antrag „Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zusammenhalten und unterstützen“ der Landesregierung unter anderem den Auftrag, die Förderprogramme zu Energieeffizienz und Energieeinsparmaßnahmen zu stärken, sowie die landeseigenen Liegenschaften besonders energiesparsam zu betreiben. Zudem fordert unser Antrag zur



Eine Photovoltaikanlage im Kreis Heinsberg.



Thomas Schnelle freut sich darüber, dass sich die Zusammenarbeit mit der Grünen-Fraktion zum Wohle des Landes produktiv gestaltet.

Steuerbefreiung von kleinen Photovoltaik-Anlagen eine Umsatz- und Ertragssteuerbefreiung. So sollen Bürgerinnen und Bürger zu Investitionen in private Solaranlagen angeregt und die Besitzer von kleinen Solaranlagen gefördert werden.

Für direkte Hilfe für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger fordert unser Antrag „Familien und Menschen mit geringem Einkommen gezielt entlasten“, dass unter anderem Gespräche mit den Energieversorgern aufgenommen werden, um im kommenden Winter Strom- und Gassperren

auszusetzen, wo die Kunden nicht zahlen können. In einer solchen Krise sind solche Zwangsmaßnahmen nicht angemessen, vor allem, da der Staat selbst nun vielen Energieunternehmen finanziell unter die Arme greift. Um unsere Solidarität mit der Ukraine auch in Taten zu zeigen, beauftragen wir die Landesregierung mit unserem Antrag „Nachbarn die einander helfen“ eine umfassende Regionalpartnerschaft mit der Ukraine auszuloten. Falls von ukrainischer Seite hier Interesse besteht, werden wir nach dem Vorbild unserer französischen oder

Benelux-Partnerschaften Kooperationen auf den Weg bringen, die von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und wissenschaftlicher Kooperation, bis hin zu kulturellem- und zivilgesellschaftlichem Austausch (z.B. Schüleraustausche) reichen können.

Daneben beantragen wir, dass die Regierung für eine mögliche Coronawelle im Winter frühzeitig klare Maßnahmen kommuniziert und Gelder,

sowie Ressourcen bereitstellt, um die Gegenmaßnahmen schnell hochfahren zu können. Unser Ziel ist dabei die gesellschaftliche Teilhabe in Herbst und Winter sicherzustellen, während schwere Ausbrüche regional verhindert werden.

Insgesamt zeigen die vielen Initiativen, wie wir mit voller Kraft in die Legislaturperiode starten, die Herausforderungen der Krise angehen, um

dort zu helfen, wo die Programme des Bundes nicht greifen. Ich kann auch berichten, dass sich die Zusammenarbeit mit der Grünen-Fraktion zum Wohle des Landes produktiv gestaltet – in jedem Falle jetzt in der Krise, wo unsere Forderungen sich überschneiden – und die neue NRW-Koalition ohne die Zwietracht, die wir von der Ampel kennen, progressiv in die Zukunft geht. **Thomas Schnelle**

Hendrik Wüsts starker Einstieg in die landespolitische Arbeit

Großer Applaus von allen demokratischen Fraktion füllte den Plenarsaal, nachdem Hendrik Wüst seine Regierungserklärung beendet hatte.

Fast eine ganze Stunde nahm sich der Ministerpräsident Zeit, um nicht nur die Anwesenden, sondern auch die Menschen im ganzen Land von den Plänen unserer neuen NRW-Koalition zu überzeugen. Ebenso wie Landtagsfraktionen zusammenzuführen, welche bisher noch in Opposition zueinander standen, hatte die Rede des CDU-Landesvorsitzenden auch den Anspruch die Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen zusammenzubringen.

„Gelebter Zusammenhalt heißt für mich, miteinander und nicht nebeneinander zu leben.“, so der 47-jährige Familienvater und sprach auch ehrlich über die Einsamkeit in unserem Land, ein Thema, das ihm sichtlich am Herzen liegt.

Ehrlich und auf dem Boden der Tatsachen äußerte er sich auch zu dem bestimmenden Thema der Tage, der Energiekrise und der damit verbundenen Armut und Belastung für viele im Land: „Die Menschen erwarten von uns keine Hexerei und keine Wunder-



Hendrik Wüst bei seiner Regierungserklärung.

Foto: Land NRW/Mark Hermenau

mittel. Aber sie erwarten von uns zu recht, dass wir unsere Arbeit machen und unserer Verantwortung gerecht werden. Pragmatisch, aber auf einem verlässlichen Wertefundament. Ideologiefrei, aber mit einem klaren Ziel vor Augen.“ Die Fraktionen von CDU und Grünen brachten passend dazu und mit Rückenwind der Regierung später am Tag noch einen Antrag über Entlastungen für Betroffene ein. Aber auch Ministerpräsident Wüst brachte ganz konkrete Vorhaben auf

den Tisch: Mehr Polizeikräfte, bessere Besoldung für Grundschullehrkräfte, ein Sofortprogramm für Landwirte und viele weitere Projekte, die nun in Gesetzesvorhaben und Regierungsvorlagen gegossen werden, um das Land voranzubringen.

Diese Regierungserklärung war ein starker Einstieg in die politische Arbeit dieser Legislaturperiode, ein Leitfaden für die anstehende gemeinsame Arbeit der CDU-Fraktion mit den Grünen. **Bernd Krückel**

So erreichen Sie Bernd Krückel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764

Fax: 0211/8843319

E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven

So erreichen Sie Thomas Schnelle:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780

Fax: 0211/8843319

E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

Verbrechen bekämpfen, bevor sie begangen werden

Mit dem Programm „Kurve kriegen“ aus dem Innenministerium von Herbert Reul werden Kinder überall in NRW wieder auf die rechte Bahn gebracht.

Bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des Kreis Heinsberg wurde kürzlich die Initiative vorgestellt, die seit Ende 2021 auch bei uns im Kreis Erfolge verzeichnet.

Das Programm verzeichnet Erfolgsquoten von 40 Prozent der Teilnehmer, welche nach dem Programm nicht mehr straffällig werden. Zum Vergleich: Unsere klassische Institution der Resozialisierung, die Strafvollzugsanstalt, weist in vergleichbaren Deliktsbereichen Rückfälligkeitsraten von gut 70 Prozent auf. Der Unterschied ist sogar noch weit größer, betrachtet man die Wiederholungstäter, auf denen im „Kurve kriegen“-Programm der Fokus liegt.

Mit der Initiative, die Jugendhilfe und Polizeiarbeit miteinander verbindet, werden nämlich Intensivtäter- oder potenzielle Intensivtäter- in den Blick genommen. Da der Großteil der Straftaten im Bereich Jugendkriminalität von höchstens zehn Prozent der Täter insgesamt begangen werden, ist dieser Ansatz sehr wirksam. Betrachten wir die Zahlen, heißt dies nämlich, dass wir eine weit höhere Quote als 40 Prozent der Straftaten verhindern können, wenn wir 40 Prozent dieser Tätergruppe resozialisieren. Bisher gehen mit einem jugendlichen Intensivtäter etwa 1,7 Millionen Euro an sozialen Folgekosten einher, die er oder sie bis zum 25. Lebensjahr direkt oder indirekt verursacht. Eine

mögliche Entwicklung zum oder zur „Intensivtäter“ oder „Intensivtäterin“ zeichnet sich oftmals bereits im Kindesalter ab. Und hier setzt das Programm bereits an. Mit einem dichten Netz von Schule, Jugendamt, Jugend-

enormen sozialen Folgekosten, die eine oder ein „Intensivtäterin“ oder „Intensivtäter“ verursacht sowie ihre erwartbare soziale Randständigkeit muss die Intervention frühestmöglich erfolgen – und zwar bevor die „Karriere“ Fahrt aufnimmt.

Die Investition von Personal und Geld in der frühen Phase der Auffälligkeiten ist im Vergleich zu später notwendigen Investitionen, Kosten und Maßnahmen gering – und vor allen Dingen wirkungsvoll. Denn: Aus pädagogischen und kriminologischen Gründen ist es zielführend, sich so früh wie möglich, individuell und passgenau um die Ursachen der Kriminalität dieser jungen Menschen zu kümmern. Zudem wird ihnen eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe geboten, deren Mangel mitunter ein Grund für den Weg in die Kriminalität gewesen sein kann. Die Arbeit in der Praxis besteht nach der Identifizierung der kriminalitätsgefährdeten Kinder aus maßgeschneiderter pädagogischer Arbeit, die auf die Lebenswirklichkeit der Personen zugeschnitten ist. Der Werkzeugkoffer der Fachkräfte besteht aus Elementen wie Kompetenztrainings, integrativen Angeboten, freizeitpädagogischen Maßnahmen und weiteren Hilfen wie Nachhilfe, Sucht- oder Schuldenberatung. Denn diese Zielgruppe von potenziellen Tätern machen nicht

nur Probleme, sie haben oft selber auch eine Vielzahl davon. Die hohen Erfolgsquoten sprechen für das Programm. Daher finanziert das Land Nordrhein-Westfalen „Kurve kriegen“ über den Etat des Innenministeriums und auch in der neuen Legislaturperiode soll die Kriminalitätsprävention weiter gestärkt werden.

Thomas Schnelle



Bernd Krückel und Thomas Schnelle bei der Jubiläumsfeier des Kreises Heinsberg.

sozialarbeit, pädagogischen Fachkräften und Polizei können kriminalitätsgefährdete Kinder - wir sprechen hier von einer Tätergruppe zwischen 8 und 15 Jahren - durch ein Risikoscreening bereits früh identifiziert werden. Besonders die Lebensumstände sind bestimmende Risikofaktoren, welche eine mögliche Kriminalität fördern. Mit Blick auf die vielen Opfer, die

SABINE VERHEYEN

EUROPA - WEIL'S GEMEINSAM BESSER GEHT



Die Auswirkungen eines Bleiverbots auf Kulturgüter

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Februar empfahl die ECHA, die Europäische Chemikalien Agentur, in ihrem Entwurf, die Aufnahme von Bleimetall in das Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe der REACH-Verordnung mitaufzunehmen und die bisher geltende Ausnahme für Orgelpfeifen und Kirchenfenster abzuschaffen. Die REACH-Verordnung ist ein umfangreiches Regelwerk zur Chemikaliensicherheit und zielt darauf ab, den Schutz der Gesundheit von Menschen und Umwelt zu verbessern. Nun diskutiert die Kommission ein Verbot von Blei. Dieses hätte jedoch schwerwiegende Auswirkungen auf europäische Kulturgüter, ihre Hersteller und jahrhundertealte Traditionen.

Blei ist wichtiger Bestandteil von Kunst- und Kulturgütern, insbesondere von Musikinstrumenten, kunstgewerblichen Gegenständen, Metallskulpturen, historischen Gebäuden oder Glasmalereien. Wir begegnen Blei in Tasteninstrumenten, Orgelpfeifen oder als Bleiverglasung in Glasfenstern. Bleiverbindungen sind auch als Pigmente in historischen Korrosionsschutzfarben, Übermalungen von Gemälden, Skulpturen und Möbeln enthalten. Bleimetall ist unabdingbar für die Konservierung und Restaurierung in vielen Museen. Ohne dieses könnte Denkmalpflege nicht mehr durchgeführt werden. Außerdem ist es unerlässlich für die Herstellung, Funktionstüchtigkeit und Restaurierung bestimmter Instrumente sowie für die Fortführung des Wissens über historische Techniken und deren Rekonstruktionen. Ein Verbot von Blei würde die Musikinstrumentenindustrie massiv gefährden.

Neben den betroffenen Kulturgütern wäre auch das europäische Kraftfahrzeughandwerk von einem Bleiverbot stark betroffen. So ist der Gebrauch von Blei essenziell für die historisch korrekte Instandsetzung und Restaurierung von Karosserien, Kühlsystemen und elektronischen Anlagen von Oldtimern. Es ist kaum möglich, bei der Restaurierung historischer Straßenfahrzeuge einen Ersatz für Blei zu finden. Die Toxizität von Blei ist bekannt.

Jedoch werden die Gesundheitsrisiken von Blei in der Kulturindustrie, beispielsweise bei der Konservierung und Restaurierung von Kulturgütern oder bei der Herstellung von Musikinstrumenten und Orgelpfeifen, professionell behandelt. Im Falle der Kulturgüter handelt es sich vor allem um eine Sammelware, die sorgfältig behandelt wird und mit Verbrauchern nicht direkt in Berührung kommen kann.

Für uns als CDU/CSU-Gruppe ist es ein großes Anliegen, unsere jahrhundertealten Traditionen zu bewahren und zu schützen. Ein Verbot würde nicht nur die Herstellung und Erhaltung von Musikinstrumenten in der EU sowie die Bewahrung und Ausstellung von Wer-

ken in Museen, Archiven, Sammlungen, Kirchen und öffentlichen Gebäuden erschweren. Vielmehr würde dieses Verbot auch den Lebensunterhalt der Hersteller, die an der Erhaltung unseres wichtigen kulturellen Erbes in Europa arbeiten, stark belasten. Hersteller der betroffenen Kulturgüter müssten mit der REACH-Verordnung einhergehen, Berichtspflichten erfüllen und für die Genehmigungsgebühren der Bleimetallnutzung aufkommen. Dies wäre vor allem für kleine Hersteller ein unzumutbarer Aufwand. Außerdem könnte dies zur Folge haben, dass sich viele von der Produktion und Restauration von Kulturgütern abwenden, was ein großer Verlust für unsere europäische Kultur und Identität darstellen würde. Wir kämpfen weiterhin für eine klare und einfach umsetzbare Ausnahmeregelung für die Nutzung von Bleimetall in der Herstellung von Kulturgütern und für die Restaurierung von historischen Kraftfahrzeugen.

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37

52062 Aachen

Tel.: 0241 - 5600 6933/34

Fax: 0241 - 5600 6885

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Daniela Gebauer
Florian Weyand

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz SPINELLI 15E202

B 1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 37299/47299

Fax: 0032 228 49299

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Katharina Bertl
Jill Maassen



Bundeswirtschaftsminister Habeck muss der Atomkraft-Realität ins Auge sehen

Wir alle haben die atomare Katastrophe im Atomkraftwerk (AKW) von Fukushima noch im Gedächtnis, wir leben in unserer Region unter dem ständigen Eindruck der maroden AKWe Tihange und Doel im belgischen Grenzbereich, und wir lesen tagtäglich von der gefährlichen Lage im ukrainischen AKW Saporischschja, dem größten AKW in Europa.

Der Ausstieg aus der Atomenergie als Stromquelle ist spätestens seit der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 30.06.2011 beschlossene Sache. Es bot sich an, von den 17 deutschen Atomkraftwerken sukzessive 14 vom Netz zu nehmen und diese herunterzufahren, da eine Grundversorgung mit russischem Gas sichergestellt war.

Allerdings wurde diese Entscheidung zu einer Zeit getroffen, in der an einen Angriffskrieg des russischen Aggressors gegen die Ukraine und die wirtschaftlichen und energiepolitischen Folgen noch nicht zu denken war. Der 24.02.2022 hat dies verändert. Seit diesem Tag des Überfalls ist klar, dass die Lieferung von russischem Gas über Jahrzehnte zwar einerseits den Energiehunger Deutschlands günstig befriedigt hat, aber die Abhängigkeit von russi-



Wir fordern, dass das Atomkraftwerk Isar 2 mit zwei weiteren Werken am Netz bleiben muss.
Foto: Pixabay

schem Gas andererseits eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt, wenn die Energieversorgung plötzlich real in Frage gestellt wird. Wie kommt Deutschland also durch den Winter? Die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Gas ist problematisch. Zwar sind die Gasspeicher in Deutschland zu 80 bis 85 Prozent gefüllt, allerdings haben sich die Gaspreise vervielfacht. Das führt -neben den enormen Belastungen für die Privathaushalte und der Unternehmen- dazu, dass auch die Stromerzeugung durch Gaskraftwerke wesentlich verteuert ist. Dies führt zu einem gewaltigen Anstieg

der Energiekosten insgesamt. Und es führt zu der Frage, wie die Stromversorgung in Deutschland überhaupt aufgestellt ist. Was kann uns in Deutschland helfen, um die Bevölkerung ausreichend mit Energie zu versorgen, aber dabei auch die Energiekosten bezahlbar zu halten?

Den hohen Energiekosten versucht die Bundesregierung mit finanziellen Hilfsprogrammen entgegenzuwirken. Zielgerichtete Unterstützungen sind dabei durchaus sinnvoll, allerdings nicht nach dem Gießkannenprinzip, wie es die einmalige Energiepauschale von 300 Euro darstellt. Bedürftige brauchen voraussichtlich mehr Unterstützung als 300 Euro. Aber hohen Energiepreisen kann man nicht alleine mit Hilfsprogrammen begegnen. Vielmehr muss auch das Angebot an Energie möglichst erhöht, jedenfalls nicht reduziert werden, um so den Preis zu reduzieren.

Neben der Verbrennung fossiler Energieträger, Photovoltaik, Wind-, Biogas- und Wasserenergie werden in Deutschland noch drei AKWe am Netz gehalten,

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg

Tel.: 02452 - 9788120

Fax: 02452 - 9788125

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 22777231

Fax: 030 - 22776233

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

deren Betriebserlaubnis am 31.12.2022 erlischt. Zwar hat die Gesamtleistung der drei Kraftwerke in Lingen an der Ems, Neckarwestheim und Isar 2 in Niederaichbach mit sechs Prozent Anteil an der deutschen Stromversorgung nicht mehr die Bedeutung für die Stromversorgung wie es früher einmal war (2004 waren es noch 32,1 Prozent), aber sie liefern immer noch zuverlässig Strom. Grund genug, um in der derzeitigen Situation darüber nachzudenken, ob ein Weiterbetrieb aller drei AKWe über den 31.12.2022 hinaus aus Gründen der Versorgungssicherheit und des Kostenaspekts vorübergehend Sinn machen könnte. Letztlich wissen sämtliche Akteure in der Politik, dass es hierauf nur die Antwort „Ja!“ geben kann. Jede einzelne Kilowattstunde, die anders als mit Gas produziert worden ist, hilft! Daher müssen die drei verbliebenen AKWe weiter am Netz bleiben. Sie in den Reservebetrieb zu setzen, wie von Wirtschaftsminister Habeck gefordert, ist technisch nicht möglich, da das Hoch- und Herunterfahren der Reaktoren Tage bis Wochen dauert. Ein variables hinzuschalten ist nur dann möglich, wenn die Reaktoren weiter laufen, aber vom Netz

genommen werden und so der produzierte Strom nur dann genutzt wird, wenn Bedarf besteht. In der derzeitigen Situation macht es daher nur Sinn, die AKWe im Netzbetrieb zu halten. Da die Kraftwerke mit fossilen Energieträgern aus technischen Gründen leichter in der Reserve gehalten werden können, sollten diese in den Reservebetrieb gehen, wenn es die Stromsituation überhaupt zulässt. Das ist auch die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Leider findet diese Forderung bei SPD und Grünen kein Gehör.

Für unsere Forderung spricht auch die europäische Vernetzung des Strommarkts und die Verpflichtung eines jeden EU-Mitgliedsstaats, zur Sicherstellung der Stromversorgung in Europa beizutragen. Daher könnte Deutschland mit dem Abschalten der drei noch laufenden AKWe Gefahr laufen, dieser Verpflichtung nicht nachzukommen. Darüber hinaus ist auch nicht sichergestellt, dass Frankreich mit seinen zahlreichen AKWe bei einer Mangellage als Lieferant zur Verfügung steht. Schließlich laufen die französischen AKW derzeit nicht auf Vollast, weil sie aufgrund des Wassermangels Kühlschwierigkeiten haben.

Unser Land und ganz Europa befinden sich in einer Energiekrise. Und diese Krise wird sich nicht nur auf diesen Winter beziehen. Wenn wir im Frühjahr aufgrund hoher Nutzung der Gasspeicher mit niedrigen Füllständen aus dem Winter kommen, so sagen Energieexperten voraus, dass das Auffüllen der Speicher bis zum nächsten Winter schwer möglich sei und dann noch eine viel größere Mangellage bevorstehe. Aus all diesen Gründen ist es dringend notwendig, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Energieträger genutzt werden, so eben auch die drei noch laufenden AKWe. Die Ampel-Koalition muss daher ihren ideologischen Kurs verlassen und rational handeln. Auffällig ist auch, dass das AKW Emsland im niedersächsischen Lingen -das jüngste und modernste der drei AKWe- nach dem Willen Habecks trotz der Mangellage abgeschaltet werden und gar nicht erst in die Stromreservereplanungen aufgenommen werden soll. Der Verdacht drängt sich auf, dass Habeck die Diskussion um die Laufzeitverlängerung mit den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen umgehen möchte - schließlich ist ja am 9. Oktober Landtagswahl in Niedersachsen.

Endlich wieder Besuch im Deutschen Bundestag

Die Pandemie machte Besuche im Deutschen Bundestag lange unmöglich. Seit Mai können größere Gruppen wieder den Deutschen Bundestag besuchen.

Es hat mich gefreut, dass ich seitdem drei Gruppen von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis im Rahmen der vom Bundespresseamt organisierten Fahrten in Berlin begrüßen durfte. Das Interesse auf beiden Seiten ist groß: Die Eingeladenen sind sehr interessiert am Regierungsgeschehen in Berlin und ich freue mich, den Kontakt zu meinen Wahlkreisbewohnern an meinem Arbeitsplatz vertiefen zu können.

Wilfried Oellers



Fotos: Bundesregierung / StadtLand-Mensch-Fotografie

Von der Quelle bis zum Wasserhahn: Kreistagsfraktion im Kreiswasserwerk



Kreiswasserwerk-Geschäftsführer Michael Leonards (vorne 3.v.l.) und Daniel Nobis, Bereichsleiter Wassergewinnung (vorne 3.v.r.), beantworteten alle Fragen der Fraktionsmitglieder.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat ihre letzte Fraktionssitzung mit einer Betriebsbesichtigung verbunden. Der Besuch galt der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH, die im Rahmen der Daseinsvorsorge circa 130.000 Einwohner der Städte Erkelenz, Hückelhoven, Wegberg und Wasenberg mit frischem Trinkwasser versorgt.

Die Kreistagsmitglieder ließen sich exemplarisch eine Quelle sowie die einzelnen Stationen der Aufberei-

tungsanlage in Wegberg-Uevekoven demonstrieren und über die logistischen, strukturellen und ökonomischen Hintergründe aufklären. Geschäftsführer Michael Leonards sowie Daniel Nobis, Bereichsleiter Wassergewinnung, gaben ausführlich Auskunft und beantworteten alle Fragen der Fraktionsmitglieder. Der Fraktionsvorsitzende und Aufsichtsratsvorsitzende Harald Schlößer betont: „Das Kreiswasserwerk ist wirtschaftlich sehr gut aufgestellt und elementarer Bestandteil der Daseins-

vorsorge im Kreis Heinsberg. Gerade in den aktuell schwierigen Zeiten sind wir froh, unseren Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich eine sichere, hochwertige, vergleichsweise günstige und vor allem autarke Versorgung bieten zu können.“ Im Anschluss an die Besichtigung und den Fachvortrag hielten die CDU-Kommunalpolitiker noch ihre Fraktionssitzung vor Ort ab, um anstehende Entscheidungen zu diskutieren und vorzubereiten.

Redaktionsteam der Kreistagsfraktion

Ein „Enttäuschter“ und zwei Glückliche

Mit der letzten Ausgabe unserer Union HS haben wir einen Menschen ein wenig enttäuscht, aber auch zwei glücklich gemacht.

Doch der Reihe nach: Zuerst einmal möchten wir ein dickes **SORRY** dafür loswerden, dass wir bei dem tollen Titelseitenfoto der letzten Ausgabe und den Bildern des Kiesewetterbesuchs in Kiew vergessen haben den Namen des Fotografen aufzuführen. Solche Fotos macht man ja nun wirklich nicht alle Tage, deshalb hier noch einmal ein riesiges Dan-

keschön und ein Kompliment für die wohl auch außergewöhnlich seltenen Fotos an Niels Starnick. Glückliche hingegen waren unsere Reiseexpertin Rosemarie Gielen, der wir mal auf die Schnelle zu einem textlosen Foto von der Loirereise einen Norwegen-Werbetext geschrieben haben, der dafür sorgte, dass auch die letzten Plätze rappzapp belegt waren. Sie hat uns in einer Mail und einem netten „Gruß“ ihr Dankeschön übermittelt. Der zweite glückliche Leser war der Vorsitzende der Senioren

Union Klaus Steingießer, der uns ebenfalls eine nette Mail geschrieben hat, um uns mitzuteilen, dass er von der Veröffentlichung des Senioren Union-Artikels „ganz begeistert“ war. Das Redaktionsteam freut sich natürlich über dieses Lob, nimmt aber selbstverständlich auch Kritik entgegen. Schreiben Sie ruhig mal über die Kreisgeschäftsstelle eine Mail, um uns mitzuteilen, was Sie von unserer Arbeit halten. Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Roland Meintz

Stadtverbandsvorstand besucht Dokumentationszentrum **GLANZSTOFF**

Es gehört zur guten Tradition im CDU Stadtverband Heinsberg, dass sich der „große“ Stadtverbandsvorstand einmal im Jahr bei einem Heinsberger Unternehmen bzw. einer Institution trifft, um mehr über die jeweilige Einrichtung zu erfahren und aktuelle Themen und Herausforderungen zu diskutieren. Wie viele andere Aktivitäten, mussten auch diese regelmäßigen Exkursionen in den letzten zwei Jahren leider ruhen.

Umso erfreulicher war es, dass sich kürzlich für die Vorstandsmitglieder die Möglichkeit bot, die Tradition wieder aufleben zu lassen und das Dokumentationszentrum GLANZSTOFF, das seit 2019 in den ehemaligen Glanzstoff-Räumlichkeiten auf dem



Das Dokumentationszentrum Glanzstoff hat dienstags bis sonntags von 14 bis 17 Uhr seine Pforten für Besucher geöffnet.

Veolia Industriepark seine Pforten geöffnet hat, zu besichtigen. Das Glanzstoff-Werk, als ehemals größter Arbeitgeber in der Region, hat auch heute noch für viele Menschen eine hohe emotionale Bedeutung, hat doch fast jede/r in ihrer/seiner Familie Verwandte oder Bekannte, die bei Glanzstoff oder einem der Zuliefererbetriebe gearbeitet haben.

Begrüßt wurden wir von Jakob Wöllenweber, dem Vorstandsvorsitzenden des Fördervereins Industriepark Oberbruch e.V., gleichzeitig profunder Kenner der Glanzstoff-Geschichte. Der Förderverein ist Träger des Dokumentationszen-



Jakob Wöllenweber (r.) begrüßt die Mitglieder des Stadtverbands Heinsberg.

trums. Nach einer kurzen Einführung und Erläuterungen von Wöllenweber zum Weg von der Idee bis zur Realisierung des Dokumentationszentrums bekamen wir dann zwei „Zeitreise“-Filme vorgeführt. Diese hat der Förderverein gemeinsam mit der Agentur Minkenberg aus Heinsberg konzipiert und realisiert. Dabei konnte unsere Gruppe direkt einer Premiere beiwohnen, denn wir hatten die Gelegenheit, den zweiten „Zeitreise“-Film als eine der ersten Besuchergruppen überhaupt in Augenschein zu nehmen. Die Dokumentationsfilme beschäftigen sich mit der Entwicklung von Glanzstoff vom Jahr 1891 bis in die Nachkriegszeit (Teil 1) sowie von den Nachkriegsjahren bis zum Beginn der 2000er-Jahre (Teil 2). Anschließend hatte unsere Gruppe noch etwas Zeit zur Diskus-

sion mit Jakob Wöllenweber und zur Besichtigung der Ausstellung. Bei der Diskussion und in den individuellen Gesprächen zeigte sich, dass das Interesse an den Herausforderungen des Industrieparkmanagements groß war und wir sicherlich noch deutlich länger hätten vor Ort bleiben können. Doch die Pflicht rief und so ging es im Anschluss zur offiziellen Vorstandssitzung in die Heinsberger Kreisgeschäftsstelle. Einen Besuch können wir aber sehr empfehlen. Neugierig geworden? Das Dokumentationszentrum ist dienstags bis sonntags von 14 bis 17 Uhr geöffnet, an Feiertagen auf Anfrage. Der Eintritt kostet für Erwachsene vier Euro, ermäßigt zwei Euro. Weitere Infos finden Sie bei Interesse auf www.glanzstoff-doku.de.

Thomas Back



Die Mitglieder des Stadtverbandvorstandes zeigten großes Interesse an den Vorträgen zur Unternehmensgeschichte.

Schützenbruderschaften sichern Heimat, Tradition und Gemeinschaft



Die St. Aegidius Schützenbruderschaft Kreuzrath.

Foto: André Peters

Bereits im Jahr 2007 hat die CDU Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Antrag gestellt, um Schützenbruderschaften bei „runden Jubiläen“ eine Ehrung zukommen zu lassen.

Schon damals war das Bewusstsein für die besondere Bedeutung der Vereine und der Ehrenamtler für das Gemeinwesen in der Landespolitik verankert. Heute, nach den schweren Jahren der

Coronapandemie, haben wir ein noch größeres Verständnis für die wichtige Rolle, die unsere Vereine für den Zusammenhalt der Menschen in unseren Städten und Gemeinden spielen. In den vergangenen Wochen konnte ich bei gleich vier Jubiläen von Schützenbruderschaften im Südkreis wieder Ehrenplaketten überreichen. Die St. Aegidius Schützenbruderschaft Kreuzrath feierte ihr hundertjähriges Bestehen mit einem Jahr



Bernd Krückel bei der Ehrenzeichenübergabe in Kreuzrath.

Foto André Peters



Bernd Krückel bei der Ehrenzeichenverleihung an den Vorsitzenden der St. Rochus Schützenbruderschaft Scherpenseel

Verzögerung als großes Kaiserfest im Dorf. Die Schützenbruderschaft St. Josef Laffeld 1921 feierte ebenso das 101-jährige Bestehen, gleichzeitig als Bezirksschützenfest und die St. Rochus Schützenbruderschaft Scherpenseel konnte bei ihrem Jubiläumsschützenfest sogar auf 175 Jahre

Vereinsgeschichte zurückblicken. In Kempen gab es zum 100-jährigen Bestehen des Bundesschützen-, Trommler-, Pfeifer- und Bläsercorps eine fulminante musikalische Darbietung von zehn verschiedenen Musikcorps, sowie dem Instrumental-



Übergabe von Urkunde und Plakette in Kempen



Die Plakettenübergabe an die Schützenbruderschaft St. Josef Laffeld.

verein Kirchhoven. Alle vier Schützenfeste waren außerordentliche Veranstaltungen, die uns nach der Coronapandemie gezeigt haben, wie wichtig die Vereine sind, die uns auch in schweren Zeiten Zusammenhalt bieten und das Leben in

unseren Dörfern lebenswert machen. Durch diese Vereine sind es Heimat, Tradition und Gemeinschaft, die über alle Zeiten Bestand hatten und hoffentlich auch immer Bestand haben werden – allen Widrigkeiten zum Trotz.

Bernd Krückel

Frauen Union stellt Sicherheit in den Fokus

Passend zum Schulanfang hat die Frauen Union Erkelenz mit einem Infostand auf das Thema „Sicherheit“ aufmerksam gemacht.

Das generationenübergreifende Thema ist wichtiger denn je, daher wurden alle Personengruppen mit umfangreichen Materialien - u.a. der Kreispolizeibehörde Heinsberg - versorgt. Besonders Seniorinnen und Senioren geraten zunehmend in den Fokus von Betrügern und konnten sich bei der FU umfassend informieren. Thematisiert wurden aber auch Einbruchschutz, Online-Sicherheit und Sicherheit für Frauen. Für die kleinen Besucherinnen und Besucher gab es noch Mini-Reflektoren, die etwas Sicherheit auf dem Schulweg bieten sollen!

„Wir freuen uns sehr, dass die Aktion auf große Resonanz gestoßen ist. Die Bürgerinnen und Bürger zeigten großes Interesse an den Themen und berichteten teilweise über die eigenen Erfahrungen und Erlebnisse“, so Verena Gemünd, neue Vorsitzende



Verena Gemünd, Vorsitzende FU Erkelenz, Karin Mainka, Kreisvorsitzende FU und Vorstandsmitglied Sabine Rosen (v.l.) informierten zum Thema Sicherheit.

der FU Erkelenz. Der Infostand sei nur ein erster Aufschlag für die Beschäftigung mit dem Bereich Sicherheit. So seien in naher Zukunft

auch Informationsveranstaltungen in Kooperation mit der Senioren Union und der Jungen Union geplant.

Frauen Union Erkelenz

Bundesparteitag in Hannover mit deutlichen Solidaritätssignalen

Der 35. Bundesparteitag in Hannover war der erste Parteitag in Präsenz seit Beginn der Coronapandemie und bei dem die Abstimmungen digital und nicht durch zeitraubende Gänge zu den Wahlkabinen und händischen Auszählungen erfolgten.

Er war auch der erste Präsenz-Parteitag für Friedrich Merz als Bundesvorsitzender, der in einer mitreißenden Rede die Fehler der Bundesregierung aufzeigte und erläuterte, wie man es besser macht. Im Zentrum der Kritik stand das Handeln der Bundesregierung im Rahmen der Energiekrise und des Ukrainekriegs. Die Diskussion um die drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke sei nicht nachvollziehbar. In Zeiten von Energiemangel müsse jede Form der Energie genutzt werden. Zudem müsse die Bundesregierung mehr schwere Waffen an die Ukraine liefern, damit sie sich verteidigen könne. Die Rede von Merz ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=HgYIY1U3HXk> zu finden. Inhaltlich hat sich der Parteitag mit vielen Themen und Anträgen befasst (alle Anträge unter <https://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#antraege>).

Die intensivsten Diskussionen führten die 1001 Delegierten zur Grundwertecharta, zur Frauenquote und zum Gesellschaftsjahr. Die Grundwertecharta ist Bestandteil des Grundsatzprogramm-Prozesses. Der Bundesvorstand hatte einen Entwurf vorgelegt, zu dem zahlreiche Änderungsanträge eingereicht wurden, über die der Parteitag zu befinden hatte. Auch der Kreisverband Heinsberg hatte Änderungsanträge eingereicht. Mit diesen sollten die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Charta berücksichtigt werden. Von den vier hierzu gestellten Anträgen nahm der Parteitag zwei unverändert, einen in geänderter Fassung und einen nicht an. Weitere Anträge der Senioren Union nahm der Parteitag nicht an.

Mit großer Mehrheit beschloss der Parteitag die Grundwertecharta,



Waren vom Bundesparteitag begeistert (v.l.) Thomas Schnelle, Wilfried Oellers, Vera Dammers, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, Christoph Kaminski, Anna Stelten und Monika Lux.

die unter <https://assets.ctfassets.net/nwnn17ifahow/1HEdtjRCAN8Shf1ihdkYco/bczb167doa79037131078d1538eb61bf/CDU-Grundwertecharta.pdf> zu finden ist.

Die Frauenquote war die umstrittenste Entscheidung auf dem Bundesparteitag. Sie wurde mit 559 Ja-Stimmen zu 409 Nein-Stimmen angenommen. Hiernach soll ab dem 1.1.2024 auf Kreisebene bei Vorstandsämtern ein Frauenanteil von 40 Prozent und ab dem 1.7.2025 von 50 Prozent erreicht werden. Kann die Frauenquote nicht erreicht werden, weil nicht genügend Frauen kandidieren, bestimmt die Anzahl der kandidierenden Frauen die Frauenquote.

Zu Delegiertenwahlen zu Vertreterversammlungen sowie für Vereinigungen und Sonderorganisationen gibt es weitere Regelungen, zu denen auf § 15 des Statuts unserer Partei verwiesen wird.

Diese neue Regelung gilt bis zum 31.12.2029. Danach tritt die bisher

geltende Fassung des § 15 des Statuts wieder in Kraft. Mit großer Mehrheit hat sich der Bundesparteitag für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ausgesprochen. Es soll in der Regel unmittelbar nach dem Schulabschluss und mit Volljährigkeit absolviert werden. Bezüglich der Art des Dienstes besteht Wahlfreiheit. Um die militärische und zivile Reserve zu stärken, soll die Möglichkeit einer mehrjährigen nebenberuflichen Verpflichtung in der Reserve der Streitkräfte und der zivilen Reserve angeboten werden. Insgesamt geht vom Bundesparteitag ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit der CDU aus. Auch die engagierte Rede von CSU-Chef Söder machte deutlich, dass die Unionsfamilie geschlossen zusammensteht. Es ist zu hoffen, dass sich die gute Stimmung auf die Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 erstreckt und unsere Freundinnen und Freunde die Wahl gewinnen, damit Bernd Althusmann neuer Ministerpräsident wird.

Wilfried Oellers

Gute Zusammenarbeit in Waldfeucht

Der alte und neue – so viel vorweg – Gemeindeverbandsvorsitzende Josef Schmitz hob auf der Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes der CDU-Waldfeucht die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren zwischen Partei, Fraktion, Bürgermeister und Gemeindeverwaltung hervor.

Als Beispiel der guten Zusammenarbeit nannte er die erst kürzlich erfolgte außerordentliche Fraktionssitzung zum Thema „Wie stellen wir uns künftige Baugebiete vor? Welche baulichen Vorgaben wollen wir machen?“.

Bevor unser Kreisvorsitzender Bernd Krückel im Anschluss an den Rechenschaftsbericht von Josef Schmitz die Versammlungsleitung übernahm, sprach Schmitz dem Ratsmitglied und bisherigen Schatzmeister Hans Esser einen besonderen Dank aus. Dieser hatte 14 Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit der Waldfeuchter Parteimitglieder den Job des Schatzmeisters übernommen.

Er trat zu Gunsten des jüngeren Parteimitglieds Johannes Schaaf jedoch nicht erneut zur Wahl an. Die Danksagungen wurden in der anschließenden Auszählpause der Neuwahl fortgesetzt.

Hier wurden zahlreiche Mitglieder für 25, 40 und 50 Jahre Parteimitgliedschaft ausgezeichnet. Gerade als jüngeres Parteimitglied erstaunt mich immer wieder, dass wir die Gelegenheit haben, Mitglieder für eine solch lange Parteizugehörigkeit zu ehren. Nicht zuletzt die anwesenden Jubilare für 50jährige Zugehörigkeit, Heinz Otten, Theo Sentis und Hans Verbeek, sind hier mit ihrem Engagement hervorzuheben.

Sie suchen auch heute noch den politischen Austausch und bringen sich aktiv für die Gemeinde ein. An ihrem Engagement will sich der neu gewählte Vorstand des CDU-Gemeindeverbands Waldfeucht ein Beispiel nehmen: Josef Schmitz (Vorsitzender); Hanni Stolz, Hubert Nießen und Franz-Dieter Janßen (Stv. Vorsitzende); Stefan Mevissen (Schriftführer); Johannes Schaaf (Schatzmeister); Hardy Blank, André Bräkling, Hans-Gerd Bräkling, Marcell Breuer, Hans Esser, Paul Goertz, Michael Jaeger, Werner Krings, Franz-Josef Küppers, Steffen Pergens (Beisitzer); Franz-Dieter Janßen (Mitgliederbeauftragter); Astrid Stolz (Vertreterin der Jungen Union).

Astrid Stolz



Bernd Krückel (rechts) übernahm, gemeinsam mit Heinz-Josef Schrammen und Josef Schmitz, die Ehrung der anwesenden Jubilare Theo Sentis, Reinhold Röser, Hans Verbeek, Heinz Deriks und Heinz Otten (v.l.).

Kiesewetter kommt zum Frühstück

In der vergangenen Ausgabe der Union HS haben wir bereits darauf hingewiesen, dass der CDU-Kreisverband am 22. Oktober seine politische Frühstücksveranstaltungsreihe fortsetzen wird.

Gast wird auf Initiative von Christoph Kaminski der Außenpolitiker Roderich Kiesewetter MdB sein, der mit Friedrich Merz im Mai die Ukraine besuchte und dabei auch intensive Gespräche mit Präsident Wolodymyr Selenskyj und den Klitschko-Brüdern führen konnte. Zur Diskussionsrunde über sicherheitspolitische Fragen, die um 9:30 Uhr beginnen und gegen 11 Uhr enden wird, können Sie sich noch unter info@cdu-kreis-heinsberg.de anmelden. Aber schnell, die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Redaktionsteam



Christoph Kaminski hat es sich nicht nehmen lassen, die Einladung an Roderich Kiesewetter, als Referent nach Heinsberg zu kommen, persönlich auszusprechen.

Klare Forderungen beim Sommergrillen

Der MIT-Kreisverband Heinsberg kam bei sommerlichen Temperaturen zum Grillfest auf Haus Hückelhoven zusammen.

Unternehmerinnen und Unternehmer, MIT-Mitglieder und weitere wirtschaftspolitisch Interessierte, tauschten sich in zwanglosem Rahmen miteinander aus. Auch alle drei Heinsberger Abgeordneten, Thomas Schnelle, Bernd Krüchel und Wilfried Oellers, hatten ein offenes Ohr und konnten aus ihren Parlamenten berichten.

Zu Beginn ging ich als MIT-Kreisvorsitzender auf die größten derzeitigen Herausforderungen für den Mittelstand ein: So werde die steigende Inflation, in Verbindung mit den explodierenden Energiepreisen, noch eine Weile die Bürger und Betriebe in Atem halten. Wichtig seien vor diesem Hintergrund schnelle und echte Entlastungen, ohne die unzählige Firmenexistenzen auf dem Spiel stünden. Die bisherigen Maßnahmen der Ampel-Koalition vernachlässigten im erheblichen Maße die Interessen des Mittelstands und würden zu sehr



Beim Grillen tauschten sich im Haus Hückelhoven MIT-Mitglieder und Unternehmer über politische und wirtschaftliche Themen aus.

nach dem Gießkannenprinzip eingesetzt. Notwendig sei unter anderem die sofortige und rückwirkende Anpassung des Einkommensteuertarifs zum Abbau der Kalten Progression bereits im laufenden Jahr, damit Einzelunternehmen und Personengesellschaften nicht noch monatelang unnötig belastet würden. Die derzeitige Pendlerpauschale reiche zudem nicht aus, um die gestiegenen Kraftstoffkosten zu decken und müsse erhöht werden, damit die Fahrt zur Arbeit nicht

zum Minusgeschäft werde. Insbesondere seien weitere Entlastungen bei den Energiesteuern auf Flüssiggas, Erdgas, Heizöl und Strom geboten, da etwa die Belastungen für Unternehmen durch die Stromsteuer in Deutschland 40 mal so hoch seien, wie nach EU-Vorgabe vorgegeben: Die explodierenden Energiekosten treiben die Inflation und sie gefährden Betriebe. Die Energiesteuern müssen daher endlich gesenkt werden.

Dr. Roland Schiefer

UNION HS

TERMINE 2022

BEZIRK

CDU-Bezirksvorstand

Mittwoch, 26.10.2022,
Uhrzeit und Ort offen

KREIS

Politisches Frühstück mit Außenpolitiker Roderich Kiesewetter MdB

Samstag, 22.10.2022, 9.30 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, Heinsberg,
Schafhausener Str. 42 (Seiteneingang)
Anmeldung erbeten unter:
info@cdu-kreis-heinsberg.de

STV Heinsberg:

OV Randerath/Uetterath/Himmerich - offene Mitgliederversammlung

Donnerstag, 20.10.2022, 19.30 Uhr,
Gaststätte Neunfinger, Randerath
Themen: Industriegebiet Lindern, Hochwasser

CDU-STV Heinsberg - Mitgliederversammlung

Donnerstag, 27.10.2022, 19.00 Uhr,
Begegnungsstätte Heinsberg (Stadthalle),
Apfelstr. 60 x¹

FU:

FU-STV Hückelhoven - Mosel-Weintour

Samstag, 29.10.2022,
Näheres wird noch bekanntgegeben
Anmeldung erbeten unter:
info@cdu-kreis-heinsberg.de

Vorschau:

FU-Kreisvorstand - Klausurtagung

Samstag, 12.11.2022, Uhrzeit offen,
Mercatorhotel, Gangelt

JU:

JU-Kreisverband Heinsberg - Bildungsreise nach Berlin

Mittwoch, 12.10.2022 - Samstag, 15.10.2022,
Anmeldung nicht mehr möglich

SEN:

SEN-Kreisvorstand

Montag, 11.10.2022, 15.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, Heinsberg,
Schafhausener Str. 42 (Seiteneingang)

SEN-STV Erkelenz - Mitgliedertreff

Dienstag, 18.10.2022, 16.00 Uhr, Ort offen

Für alle Veranstaltungen gelten die aktuellen Coronaregeln!

Zu allen mit x¹ gekennzeichneten Terminen werden
Einzeleinladungen verschickt.